

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*

**Newsletter vom Sonder-KJHA am 18.07.2024 „Wir sind die Zukunft“**

für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*

## INHALT

- Infos aus dem Sonder-KJHA vom 18.07.2024
- Die nächste Ausgabe
- Impressum und Datenschutz

\*\*\*\*\*

## INFOS AUS DEM SONDER-KJHA VOM 18.07.2024

**Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit dem Sozialausschuss, dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung sowie dem Kommunalausschuss**

TOP 3 – UMSETZUNGSKONZEPT ZUR REDUZIERUNG der investiven Ansätze in den Jahren 2025 – 2027 im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2024 – 2028, Teilhaushalt des Sozialreferats

Einstimmig in alle Ausschüsse der Vollversammlung vertagt

TOP 1 – AKTUELLE WOHN-SITUATION junger Menschen in München und Möglichkeiten zur Entspannung der Lage, Hearing zur aktuellen Wohnsituation junger Menschen, Antrag an den KJHA von Münchner Trichter und KJR München-Stadt vom 10.02.2022 und TOP 2 – WOHN-FORMEN – Übergänge für junge Erwachsene – Schnittstellen zwischen Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Eingliederungshilfe und Wohnen gemeinsam behandelt

Gerhard Mayer (Amt für Wohnen und Migration) präsentierte zunächst die Zusammenfassung der Ergebnisse vom „Hearing zur aktuellen Wohnsituation junger Menschen“, das vor einem Jahr stattgefunden hat. Er unterstrich, dass dieses Hearing insofern besonders war, da vor allem betroffene junge Menschen aktiv mitdiskutieren konnten. Man war damals von der Prämisse ausgegangen, dass junge Menschen Expert\*innen in eigener Sache – also auch im Bereich Wohnen – sind. Der Fokus hatte auf dem Austausch zwischen jungen Menschen, der Stadtverwaltung, der Stadtpolitik sowie Interessenvertreter\*innen und den Trägern gelegen. Als Ergebnis wurden verschiedene Arbeitsfelder benannt: Junges Wohnen, StarterWohnen, gemeinschaftliche Wohnformen/inklusives Wohnen, Junges Wohnen im Kreisjugendring bzw. temporäres Wohnen. Er erläuterte zudem das Vorhaben einer Informations- bzw. Anlaufstelle, die nach außen hin sichtbar (Frontend) junge Menschen beraten, dabei Angebote bündeln und bei der Antragstellung behilflich sein soll. Im nicht sichtbaren Backend fließen die Informationen aller Serviceanbieter und öffentlichen Stellen zusammen. Als Beispiele für die das geplante benannte er die Projekte in der Kistlerhofstraße und in der Hochmuttinger Straße.

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) freute sich über die beiden Vorlagen und dankte der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Besonders erwähnte sie die gelungene Zusammenarbeit mit den Trägern und die Einbindung der Jugendlichen selbst. Sie wies noch einmal auf die Dringlichkeit des Problems hin, da sich die Mietsituation in München weiter verschärfen werde und besonders Jugendliche darunter leiden würden. Aus dem partizipativ angelegten Hearing müssten nun konkrete Maßnahmen abgeleitet werden. Den Blick richtete sie auch auf die ca. 300 wohnungslosen Jugendlichen in der Stadt – deren besondere Bedarfe müssten berücksichtigt werden; wie auch die von Mädchen\* und jungen Frauen\*. In entsprechenden Studien soll die Umsetzung der Wohnprojekte begleitet werden. Sie lobte die Initiative der Kautionshilfe. In einem Änderungsantrag ihrer Fraktion gemeinsam mit Die Linke/Die Partei wird die Stadt aufgefordert, zu prüfen, wie dieses Instrument eines städtischen Kautionsfonds entwickelt werden kann. Zudem wird die Verwaltung gebeten, die Möglichkeit der „Sozialen Gewährleistung“ weiter bekannt zu machen, damit mehr junge Menschen davon profitieren können. In ihrem Redebeitrag forderte sie dazu auf, künftig auch Gewerbeimmobilien für eine Nutzung im Rahmen des Jungen Wohnen in den Planungen zu berücksichtigen. Positiv bewerte sie, dass in der jetzigen Vorlage ein Hilfeplan beim Übergang von Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe vorgesehen sei.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) bekräftigte, dass es sich um zwei großartige und wegweisende Vorlagen handle, die viele konkrete Maßnahmen für junge Menschen auf den Weg bringen würden. Sie lobte auch den Beteiligungsprozess, in dem junge Menschen artikuliert hatten, was sie benötigen und wie man diese Ziele erreichen könne. Die Stadt wolle mit den skizzierten Maßnahmen jungen Menschen ein gutes Leben in München ermöglichen – sie gleichzeitig auch vor Anwerbungskampagne von studentischen Verbindungen schützen, die mit billigem Wohnraum lockten. Das Azubi-Werk bezeichnete sie in diesem Zusammenhang als bundesweiten Leuchtturm. Insgesamt müssen die Wohnformen ein Höchstmaß an Flexibilität bieten,

weil sich die Lebenssituation junger Menschen auch rasch ändern könne. PopUp-Wohnen oder die Nutzung von Kleinstgrundstücken müssten deshalb zur Chefsache werden.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer als Federführung der freien Wohlfahrtspflege) bedankte sich ebenfalls und hob hervor, dass viele unterschiedliche Träger und Ämter in den Begleitgruppen beteiligt waren. Die unterschiedlichen Interessen zu moderieren, war nicht immer einfach. Das zeige sich auch in einigen Schwächen der Beschlussvorlage, die zudem zu versäult in den Themen- und Arbeitsbereichen sei. Sie hätte sich eine einzige Vorlage für dieselbe Zielgruppe gewünscht, die alle Aspekte und Perspektiven verschränkt hätte und klare Handlungsanweisungen für die kommende Zeit beinhaltet hätte. Grundsätzlich begrüßte sie, dass die Partizipation junger Menschen in den letzten Monaten immer wieder gelang und diese am Hearing teilnehmen und ihre Bedarfe artikulieren konnten. Unverständlich sei für sie jedoch, warum nun noch einmal die Jugendlichen bei Konzeptentwicklungen einbezogen werden sollen. Vielmehr wünschte sie sich, dass die Verwaltung die bereits erarbeiteten Ideen konkret umsetze. Die Konzeptionierung des „Welcome-Center“ durch das KVR sei ein Beispiel dafür, wie diese sachorientierte Vorgehensweise zu schnellen Ergebnissen führen kann. Sie begrüßte ausdrücklich auch den Verzicht auf eine Hilfeplanung bei Einrichtungen nach § 13.3. – damit würde der Prozess deutlich niederschwelliger. Als verwirrend bezeichnete sie die Einlassungen zu einer neuen Informations- und Anlaufstelle, die in den beiden Beschlussvorlagen nicht nur unterschiedlich heißt, sondern auch unterschiedliche Aufgaben haben soll. Es sei nicht klar, ob beide Vorlagen von demselben Vorhaben sprechen. Sie erklärte, dass es entsprechende Strukturen für eine reine Informationsstelle bereits in der Stadt gebe, die erfolgreich arbeiten würden (vgl. JIZ und JIBB). Wichtig sei jedoch, dass eine solche Einrichtung um eine Anlaufstelle auch mit Entscheidungskompetenzen erweitert werde – etwa in der konkreten Zuweisung von Wohnungen/Unterkünften. Die Umsetzung einer solchen ämter- und behördenübergreifenden Anlaufstelle dürfte sicher nicht innerhalb eines Jahres zu schaffen sein. Sie forderte in dem Zusammenhang, dass es beispielsweise im Fall der Hochmuttinger Straße zu keinem Leerstand kommen dürfe, nur weil die geplante Anlaufstelle noch nicht geschaffen worden sei. Sobald das Haus bezugsfertig sei, müssten auch die Wohnungen belegt werden – allerdings nicht in Form von Dauermietverhältnissen. Die freien Träger stehen natürlich für Überlegungen zur weiteren Konzeptionierung als Kooperationspartner\*innen zur Verfügung. Für sie blieb die Frage offen, was der KJHA in Bezug auf die Informations- und Anlaufstellen beschließt.

StR Stefan Jagel (Die Linke/Die Partei) wies darauf hin, dass während des Hearings die Jugendlichen durchaus Ideen entwickelt hätten, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation schnell und kostengünstig zu realisieren seien. Dazu gehörten zum Beispiel Neubauten, die aufgrund von Bauverzögerungen als Übergangslösungen für die Wohnunterbringung nutzbar wären. Er regte zudem an, Jugendliche durch aufsuchende Arbeit auf die Möglichkeiten der Wohnraumfindung hinzuweisen – diese Möglichkeiten wäre vor allem für die wohnungslosen Jugendlichen sinnstiftend. Im Änderungsantrag seiner Fraktion wird auf eine Akzentuierung des StarterWohnens verwiesen, das auch Jugendliche in Freiwilligendiensten beinhalten soll. Zudem fordert der Antrag, dass Wohnen im Bestand als gemeinschaftlich genutzte Quartiere zu ermöglichen. Die Beschlussvorlagen würden zwar viele positive Ansätze enthalten – es komme nun aber darauf an, zeitnah für Lösungen zu sorgen.

Judith Greil (Kreisjugendring) dankte für den KJR der Verwaltung für die beiden umfangreichen Vorlagen, die auf eine Initiative des Münchner Trichters und des KJR zurückgingen. Sie lobte die gute Zusammenarbeit mit dem Referat. Die Anträge von Münchner Trichter und KJR waren als Folge der Münchner Armutskonferenz 2021 entstanden, weil spätestens damals der dringende Bedarf nach einer Initiative junges und bezahlbares Wohnen deutlich wurde. Auch bei den Münchner Jugendbefragungen spielte das Thema jeweils eine zentrale Rolle. Sie bedauerte, dass diese KJHA-Sitzung so kurzfristig einberufen wurde; man hätte sonst interessierte Gäste hinzubitten können. Sie bedankte sich auch für die Weiterfinanzierung des Projekts „Junges Wohnen beim KJR“ durch den Stadtrat und sicherte zu, dass der KJR weiter für innovative Lösungen des Problems ansprechbar sei. Stadtpolitik und Verwaltung könnten jederzeit auf die Expertise des KJR zurückgreifen. Am Beispiel des studentischen Wohnens erklärte sie nochmals die Brisanz des Themas: Während die Zahl der Studierenden weiterwachse, nehme die Zahl der verfügbaren Wohnungen im Studierendenwerk ab; die Warteliste habe sich im gleichen Zeitraum um 300 Prozent vergrößert. Die Stadt stehe hier in der Verantwortung und könne nicht nur auf die Zuständigkeit des Freistaats verweisen. Sie zeigte sich ebenfalls verwundert darüber, dass nun nochmals junge Menschen angehört werden sollen, statt mit der Umsetzung des Maßnahmenplans zu beginnen.

Ulrich Gläss (Münchner Trichter) fasst zusammen, dass das Hearing gezeigt habe, dass man junge Menschen in gesellschaftspolitische Prozesse einbinden muss, um ihre Expertise als unmittelbar Betroffene zu nutzen. Er betonte die Wichtigkeit der Einbindung junger Erwachsener in die weiteren Prozesse und warb für einen Diskurs auf Augenhöhe. Er schlug vor, jetzt schnell in die Umsetzung zu kommen und einzelne Projekte pilothaft zusammen mit jungen Erwachsenen umzusetzen. Dies wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Dass ein gemeinsamer Prozess gute Ergebnisse bringen kann und auch unkonventionelle Lösungen entstehen können, habe das Hearing gezeigt. Die Botschaft an die Jugendlichen, die vom Hearing ausging, war, dass Politik und Verwaltung jungen Menschen durchaus zuhören können. Jetzt komme es darauf an, schnell diejenigen Maßnahmen umzusetzen, die kein oder wenig Geld kosten. Er nannte beispielsweise die Forderung nach Unterbringung in Notunterkünften speziell für die Altersgruppe der 18- bis 27-Jährigen, die „Soziale Gewährleistung (Kautions-, Bürgschaft)“, die Idee von eigenverantwortlicher Nutzung von Leerständen, die Kampagne „fair\*mieten“ und weitere, kostenneutrale bzw. kostengünstige Ideen, die sich im Anhang der Beschlussvorlage (Dokumentation des Hearings) finden. Dabei sei eine Versäulung der Prozesse und Zuständigkeiten nicht hilfreich. Auch sei es weltfremd junge Erwachsene auf Grund ihrer aktuellen Tätigkeit in bestimmte Typen von Jugend (Auszubildende, Studierende, ...) einzuteilen und entsprechende Hilfsangebote einzuschränken bzw. nicht bereitzustellen. Er verwies z.B. auf diejenigen, die im Rahmen eines FSJ wichtige Dienste in der Gesellschaft leisten, sich in Qualifizierung oder beruflicher Orientierung befinden, jobben oder auf einen Ausbildungs-/Studienplatz warten. Es gehe um junge Menschen grundsätzlich und ihre Möglichkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu nutzen. Hier wären mehr Flexibilität, mehr Experiment und mehr Mut zum Ausprobieren gefordert. Dazu sollte die Arbeit noch stärker stadtteilbezogen sein, um beispielsweise Leerstände von Wohnungen schnell zu erkennen und nutzbar zu machen. Er warb zudem für eine Zwischennutzung von Gewerbeimmobilien bei der Lösung des Wohnungsproblems: wenn man dort arbeiten könne, kann man auch mit wenig Aufwand dafür sorgen, dass man in diesen Immobilien auch wohnen und leben könne. Dabei verwies er auf die langjährige Erfahrung bei IMAL mit der Zwischennutzung von Gewerberäumen, die immer über Sanitäranlagen und Küchen verfügen, also für kurzzeitige Wohnformen

geeignet sind. In der Regel suchen junge Erwachsene auch zunächst nach kurzzeitigen Lösungen und sind oftmals gezwungen München für Ausbildung oder Studium zu verlassen, weil sie sich die Stadt schlicht nicht leisten könnten. Damit verliere München ein wichtiges Potenzial.

Gabriele Nuss (Gleichstellungsstelle) dankte ebenfalls der Verwaltung, dass sie diesem Thema so breiten Raum gibt. Der Druck in der Lösung des Problems führe jedoch dazu, dass man nach schnellen Lösungen suchen würde, die nicht die Bedarfe von allen Menschen erfüllen könnten. So müssten die Lebenslagen von Mädchen\* und jungen Frauen\* noch stärker beachtet werden – im Moment seien jedoch noch keine Werkzeuge vorgesehen, um das zu realisieren. Sie schlug vor, dafür eigene Planungs- und Handlungsleitlinien zu entwickeln. Eine begleitende Studie, die diese besonderen geschlechtersensiblen Bedarfe aufgreift, begrüßte sie.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) bedankte sich auch bei der Verwaltung – insbesondere für die plakativen Bilder, die aus dem Hearing entstanden waren und heute im Foyer des Sitzungssaals zu sehen sind. Ihm selbst war die Vorlage jedoch an zu vielen Stellen zu unkonkret formuliert und würde zu viele Konjunktive beinhalten. Er warb im Sinne des Bürokratieabbaus dafür, die Verwaltungsregeln großzügig innerhalb eines Ermessensspielraums auszulegen – beispielsweise beim Thema „Sozialen Gewährleistung“. Die Bedarfe könnten so in vielen Fällen schneller bedient werden. Er unterstützte die Forderung nach intensiverer Nutzung von Gewerbeimmobilien, weil junge Menschen sich diese speziellen Räume besonders gut nach ihren Vorstellungen aneignen und gestalten können. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass inklusiv konzipierte Wohnformen auch tatsächlich gemeinschaftlich genutzt werden müssten und nicht innerhalb der Objekte eine Separierung stattfinde.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) lobte ebenfalls die Verwaltung für die umfangreichen Vorlagen. Sie unterstrich, dass junge Menschen die besten Vertreter\*innen ihrer eigenen Anliegen seien. Insofern erscheine auch ihr die Vorlage als zu versäult. Sie stellte für ihre Fraktion den Antrag, die Punkte 18 und 19 als aufgegriffen zu behandeln. StR Andreas Babor (CSU/Freie Wähler) fragte in dem Zusammenhang nach, wie schnell sich eine Erschließung und Bebauung von Kleinstgrundstücken realisieren lasse.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) bestätigte, dass auch ihr einige Formulierungen in der Vorlage zu unkonkret sind, ergänzte jedoch, dass das Referat auch die Kostenseite im Blick behalten müsse. Sie merkte an, dass das Referat nie angefragt wurde, ob das Thema nicht in einer statt in zwei Vorlagen behandelt werden könne. Sie bat ferner darum, dass ihr Haus eine verlängerte Bearbeitungszeit für die Punkte 18 und 19 von insgesamt einem dreiviertel Jahr bekomme.

Esther Maffei (Stadtjugendamt) erläuterte, dass die Vorlagen verdichtet widerspiegeln, welche Bedarfslagen es in der Stadt beim Thema Junges Wohnen gebe und welche Maßnahmen wirksam sein können. Doppelstrukturen – beispielsweise in Bezug auf Beratungsstellen – wolle man in jedem Fall verhindern und vorhandene Strukturen besser durch weitere Vernetzung nutzen. Die nochmalige Einbeziehung junger Menschen in den Abstimmungsprozess begründete sie damit, dass nach Erstellung des Maßnahmenplans mit den jungen Menschen geprüft werden solle, ob diese Maßnahmen auch tatsächlich gewünscht und erfolgreich sind.

Gerhard Mayer (Amt für Wohnen und Migration) erläuterte, dass der Freistaat die Verantwortung dafür trägt, wie die Vergabe von Punkten bei der Wohnungszuweisung erfolgt. Diese Vorgaben umfassen auch eine Einzelfallprüfung. Darüber hinaus bestätigte er, dass wohnungslose Jugendliche in der Regel nicht gemeinsam mit älteren und „problematischen“ Personen untergebracht werden. Er forderte alle im KJHA vertretenen Personen auf, auch in ihrem Umfeld darauf hinzuwirken, dass leerstehende Wohnungen bei seinem Amt gemeldet werden. Abschließend merkte er an, dass bei der Frage der Wohnungsversorgung für Studierende die Landeshauptstadt nicht der „Reparaturbetrieb“ des Landes ist. In dessen Verantwortung liege die Frage von studentischem Wohnen.

Abstimmung TOP 1, Antrag CSU/Freie Wähler (Behandlung der Punkte 18 und 19 als „aufgegriffen“ und Verlängerung der Bearbeitungsfrist durch das Sozialreferat: in allen Ausschüssen einstimmig beschlossen

Abstimmung TOP 1, Antrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (städtischer Kautionsfonds und „Soziale Gewährleistung“): in allen Ausschüssen einstimmig beschlossen

Abstimmung TOP 1, Die Linke/Die Partei: im KJHA mehrheitlich angenommen, in den anderen Ausschüssen abgelehnt

Abstimmung Gesamtantrag TOP 1: einstimmig angenommen

Abstimmung Gesamtantrag TOP 2: einstimmig angenommen

*Zusammengestellt von Marko Junghänel*

Die Kurzinfo aus dem KJHA wird ermöglicht durch eine finanzielle Kooperation von Kreisjugendring München-Stadt, Münchner Trichter, Fachforum Freizeitstätten und der ARGE Freie

\*\*\*\*\*

## **DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 24.09.2024**

Bericht vom KJHA vom 17.09.2024

\*\*\*\*\*

## **IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ**

### **Das Redaktionsteam**

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

### **Verantwortlich für die Inhalte**

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### **Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.